

LEITARTIKEL ZU MISSBRAUCHSVERTUSCHUNG

Kein Platz für Bischof Bernhard Stein

Die gute Nachricht vorweg: Die Forscher der Universität Trier haben in keiner der von ihnen gesichteten fast 500 Akten aus der Ära Bernhard Stein Anhaltspunkte dafür gefunden, dass es Missbrauchsvorfälle gegen den einstigen Trierer Bischof gegeben hat. Das ist aber auch nicht überraschend. Derartige Vorwürfe waren auch in der Vergangenheit nicht erhoben worden. Andere Vorwürfe dagegen schon. So soll der zwischen 1967 und 1981 amtierende Trierer Bischof beharrlich das Mäntelchen des Schweigens und Vertuschens herangezogen haben, wenn ihm derartige Vorfälle aus den Reihen seiner Priester und Kapläne zu Ohren gekommen sind. Die Trierer Opferinitiative Missbit sagt das schon seit Jahren und hat dafür penibel recherchiert.

Nach Veröffentlichung des Uni-Zwischenberichts steht nun allerdings fest: Missbit hat mit seinen Veröffentlichungen nicht über-, sondern eher untertrieben. Das Ausmaß des Missbrauchs in der Ära Stein war noch größer als bislang angenommen. Das haben die Trierer Historiker festgestellt, nachdem sie mit Betroffenen gesprochen und Hunderte Akten des Bistums gesichtet haben.

Um die zahllosen Opfer, das sagen die Wissenschaftler, kummerten sich Stein und die Bistumsoberebenen Deut, während sie die Täter aus ihren Reihen zum Beten im Kloster verdonnerten oder in einem Nachbarbistum versteckten. Man half sich halt unter scheinheiligen Brüdern – und umgekehrt lief's ja genauso.

Dabei hätten die weltlichen und kirchlichen Gesetze schon damals ausgereicht, um die kriminellen Pödo-Priester einer gerechten Strafe zuzuführen. Weil Bischof Stein (und natürlich auch die Kirchenoberen in anderen

Bistümern) dies unterlassen und die Täter zudem noch protegiert haben, sind sie in höchstem Maße mitschuldig an dem Missbrauch durch ihre Mitbrüder. Und sie sind mitverantwortlich dafür, dass der Missbrauch immer weiterging und sich die pädophilen Priester in ihrem kriminellen Treiben sogar noch gut behütet wählten.

Dass ein solcher Bischof die Ehrenbürgerwürde nicht verdient und dass nach ihm kein Platz benannt werden sollte, versteht sich von selbst. Je rascher dies in Trier korrigiert wird, desto besser.

Die Aufarbeitung des Missbrauchs im Bistum Trier ist damit aber noch nicht beendet. Die Historiker der Uni Trier werden dafür noch mindestens drei Jahre benötigen, wie sie jetzt sagten. Man muss kein Prophet sein, um einige Ergebnisse schon voraussagen zu können: Die schon jetzt immens hohen Zahlen der Opfer und Täter werden weiter steigen; ebenso die Zahl derjenigen, die weggeschaut, die Missbrauchskleriker gedeckt oder beim Vertuschen geholfen haben.

Schon heute zeichnet sich übrigens ab, dass zu dieser Gruppe nicht nur ein Bischof oder andere Bistumsverantwortliche zählten, sondern auch staatliche Stellen.

Die Trierer Historiker haben bereits angekündigt, sich auch diesen Punkt besonders anzuschauen. Man darf gespannt sein, was an schmutzigen Details noch alles zutage gefördert wird.

r.seydewitz@volksfreund.de



Rolf Seydewitz

GLOSSE

Polit-Spiele für Weihnachten

VON PIA ROLFS

Manche waren bislang noch unsicher, wie sie die langen Feiertage mit der Familie gestalten sollen. Doch glücklicherweise gibt es dafür neue aktuelle Spiele.

So verkauft der frühere US-Präsident Donald Trump digitale Sammelkarten mit Bildern von sich selbst – für nur 99 Dollar pro Stück. Da ermöglicht das Tauschen von „Trump als Comic-Superheld“ gegen „Trump im Astronautenanzug“ ganz neue Interaktionen in der Familie – oder später dann Ex-Familie.

Deutsche Politiker müssen da unbedingt nachziehen. Wo bleibt „Schuldenmonopoly“ mit Spielfiguren von Christian Lindner bis Olaf Scholz? Wann kommt das „Lustige Virenroulette“ mit Karl Lauterbach? „Adel vernichtet – das Reichsbürgerspiel“ oder „Merz-ärgere-dich-nicht“ mit dem rundum schwarzen Würfel?

Längst in Planung ist offenbar ein Sammelalbum mit Klebbildern der beliebtesten Klimademonstranten. Dafür laufen gerade einige umstrittene Werbeanzeigen „ganz neue Interaktionen in der Familie – oder später dann Ex-Familie.“



KARIKATUR: HARM BENGEN

ANALYSE Für das Großereignis im Wüstenstaat wurden gigantische Spielstätten errichtet. Nach Ende des Turniers stellt sich die Frage nach der Nachnutzung.

Was passiert jetzt mit den WM-Stadien in Katar?

VON JOHANNES SENK

BONN (kna) Was wird nun aus den „Fußballtempeln“ im Wüstenstaat? Diese Frage stellt sich mit Blick auf die am Sonntag zu Ende gehende WM in Katar, für die die Stadien eigens errichtet wurden. Am Montag zieht der Fußballzirkus weiter – und mahnende Beispiele für ungenutzte Sportstätten nach großen Turnieren gibt es genügend.

So etwa Brasilien: Die für die WM 2014 neugebaute Amazonia-Arena in Manaus fasst rund 42 000 Zuschauer und zählt zu den schönsten Stadien des Landes. Vier Vorrundenspiele wurden dort ausgetragen. Seitdem steht das Stadion praktisch leer; weder Sportvereine noch Konzertveranstalter können den Giganten mitten im Urwald brauchen. Der 68 000-Zuschauer-Koloss Estadio Nacional in der Hauptstadt Brasilia hat zumindest noch eine Bestimmung: Es dient als einer der architektonisch schönsten – und teuersten – Busparkplätze der Welt.

Brasilien wird gern zitiert, wenn über zweifelhaften Gigantismus von Stadionbauten gesprochen wird. Zumindest ist das Heimatland des Rekordweltmeisters noch durch und durch Fußballnation. Und Katar? Eine Fußballliga gibt es im Emirat, die „Katar Stars League“. Das Jassim-Bin-Hamad-Stadion in der Hauptstadt Doha, in dem sowohl Rekordmeister al-Sadd als auch die Nationalmannschaft für gewöhn-

lich ihre Heimspiele austragen, fasst 15 000 Zuschauer, galt für das Turnier aber als zu mickrig. Stattdessen wurden in den vergangenen Jahren acht Neubauten errichtet beziehungsweise ein Stadion grundsanitiert und ausgebaut, um den Ansprüchen der FIFA nachzukommen. Bis auf eine befinden sich alle neuen Arenen im Großraum der Doppelmetropole von Doha/ar-Rayyan.

Für insgesamt 64 WM-Spiele wurden die Stadien errichtet. Und was

Einige Experten fürchten auch für Katar erneut millionenschwere Investitionsgräber wie in Brasilien oder auch Südafrika.

kommt danach – Abriss, Umwidmung? Zumindest beim Ras-Abu-Aboud-Stadion ist das schon klar: Es wird wieder abgebaut. Tatsächlich besteht die Arena am Hafen hauptsächlich aus fast 1000 Frachtcontainern, die nach dem Turnier wieder ihrem eigentlichen Zweck zugeführt werden. Die restlichen Einzelteile sollen für andere Veranstaltungen wiederverwendet werden. Nach offiziellen Angaben soll mit dem Abbau bereits begonnen worden sein.

Bei den anderen Stadien ist die Sache weniger klar. Einige Experten fürchten auch für Katar erneut millionenschwere Investitionsgräber

wie in Brasilien oder auch Südafrika, wo die WM 2010 gastierte. Die Verantwortlichen aus Katar wollen aus diesen Fiascos gelernt haben. Alle Stadien seien etwa so geplant, dass sie ohne viel Aufwand zurückgebaut werden könnten. Für den größten Neubau, das 80 000 Zuschauer fassende Lusail Iconic Stadium, wo am Sonntag auch das Finale zwischen Argentinien und Frankreich stattfindet, steht eine Umrüstung als separate „Kleinstadt“ im Raum, mit Cafes, Schulen und sogar einer Klinik.

Auch die anderen Stadien sollen nach dem Turnier auf die ein oder andere Weise genutzt werden, ohne dass es dazu schon endgültig konkrete Pläne gäbe. Für Katar ist das eine wichtige Imagefrage; verkündete doch der nationale Cheforganisator des Turniers, Hassan Al Thawadi, eine nachhaltige und ressourcenschonende WM.

Allen Nachhaltigkeitsversprechen zum Trotz, werden die Ab- und Umbaumaßnahmen dennoch enorme Kosten im Material verursachen – und von Arbeitskräften? Im gesamten Umfeld der Baumaßnahmen im Vorfeld des Turniers sollen nach Schätzungen von Menschenrechten rund 6000 Gastarbeiter gestorben sein. Wird der Abbau anders organisiert werden können? „Entweicht“ sind die Tempel damit in gewisser Weise von Beginn an – egal, ob mit nachhaltiger Nutzung oder ohne.

DIE WOCHE IM BLICK

Wummst es bei den Unternehmen?

Es klingt zunächst einleuchtend: Wenn große Unternehmen Hilfen bei Gas und Strom erhalten, sollen sie keine Boni und Dividenden ausschütten. Und sie müssen einen Gewinneinbruch von mehr als 40 Prozent erwarten. Was dahintersteckt? Nach außen werden alle Vertreterinnen und Vertreter der Ampel-Koalition sagen, dass es ihnen um soziale Gerechtigkeit geht und darum, dass nicht die Starken Gelder erhalten, die anderswo besser eingesetzt wären. Unter der Hand verrät die oder der eine oder andere aber, dass sie Schlagzeilen fürchten, wenn die Hilfen nicht nur ganz Bedürftige erhalten. „Millionen-Hilfen aus Steuergeld – hier landen sie wirklich!“. Das will keiner lesen.

Aber: Die Welt ist eben nicht so einfach. Es gibt nicht die eine Hälfte von Unternehmen, die alles ohne Hilfen überstehen kann, und eine andere, die unterstützt werden muss. Es gibt bei Konzernen etwa viele Teilbereiche – und wenn die Bedingungen für die Preisbremsen zu streng sind, könnten einige davon mit allen Folgen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschlossen werden.

Von einem „Bürokratiemonster“ sprechen manche Betriebe. Wie so oft ist es die Unsicherheit, die die Wirtschaft lähmt. Der Mittelständler, der womöglich mit seinen Boni geplant hat, kann selbst leer ausgehen und wird Investitionen zurückstellen. Andere Unternehmen, die räumlich flexibel sind, werden die Standortfrage stellen.

Denn auch dies gehört zur Wahrheit: Die Energiepreise in Deutschland sind nicht erst seit dem Ukraine-Krieg ein Faktor, der gegen den Standort spricht. Und die Hoffnung auf Besserung durch den Ausbau der erneuerbaren Energien ist noch sehr vage. Zumindest kurzfristig ist keine Entlastung zu erwarten. Erschwerend: Viele Experten sehen die größten Probleme bei der Gasversorgung erst im nächsten Winter kommen.

Zugegeben: Der Wumm, den Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) angekündigt hat, sollte nicht breitflächig sein, dass er nirgendwo zu spüren ist. Für manche Unternehmen ist aber zu befürchten, dass er nun schlichtweg verpufft.

t.roth@volksfreund.de



Thomas Roth
Chefredakteur

Produktion dieser Seite:
Gerrit Dauelsberg, Michaela Heinze
Ulrich Brenner

RÜCKBLENDE

Was geschah am 17. Dezember?

2021 Der belarussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja und zwei ihrer Mitstreiterinnen wird der Aachener Karlspreis zugesprochen. Tichanowskaja sowie Maria Kolesnikowa und Veronika Zepkalo würden für ihren Einsatz für Frieden und Demokratie gewürdigt, teilt das Komitee mit.

2007 Berichte über eine Romanze des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy mit der Sängerin Carla Bruni lösen einen internationalen Medienrummel aus.

2002 Das jugoslawische Parlament ratifiziert in Belgrad mit sieben Jahren Verspätung das Bosnien-Friedensabkommen. Gegen die Ratifizierung waren die oppositionellen nationalistischen und sozialistischen Abgeordneten.

2002 Der traditionsreiche Berli-



Nicolas Sarkozy, ehemaliger Präsident von Frankreich, und Carla Bruni, Musikerin aus Frankreich. FOTO: DPA

ner Klavierbauer Bechstein wird mehrheitlich vom koreanischen Musikinstrumenthersteller Samick übernommen. Die Partnerschaft mit Samick wird 2008 beendet.

1982 Der Bundestag verweigert – wie beabsichtigt – Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) das Vertrauen und macht damit den Weg frei für vorgezogene Wahlen. Die Wähler

sollten Kohls liberal-konservative Koalition bestätigen, nachdem diese durch ein Misstrauensvotum im Parlament gegen die SPD-Regierung von Helmut Schmidt an die Regierung kam.

Was geschah am 18. Dezember?

2017 In Wien wird der bisherige Außenminister Sebastian Kurz als neuer Bundeskanzler von Österreich vereidigt. Der mit 31 Jahren jüngste Regierungschef Europas leitet eine Koalition seiner konservativen ÖVP mit der rechten FPÖ.

2012 Erstmals in ihrer mehr als 60 Jahre währenden Amtszeit besucht Königin Elizabeth II. eine Sitzung ihrer Regierung. Sie holt sich von den Ministern ihr Geschenk zum Diamantenen Thronjubiläum ab.

2002 Der Schweizer Bundesrat löst den Holocaust-Fonds zum Jahresende auf. Die verbleibenden zwölf

Millionen Franken kommen Folter- und Kriegsoffern und der World Jewish Restitution Organisation zu Gute.

1997 Margarethe Schreinemakers moderiert zum letzten Mal ihre Talkshow „Schreinemakers TV“ beim Fernsehsender RTL. Nach monatelangen Gerüchten um die Absetzung der Sendung wegen zu niedriger Einschaltquoten kündigt der Sender der populären Moderatorin am 30. Dezember.

1994 Bei Combe d'Arc im Ardèche-Tal entdecken französische Forscher eine Höhle mit Malereien, deren Alter auf 17.000 bis 20.000 Jahre geschätzt wird.

1979 Die Deutsche Bischofskonferenz teilt mit, dass die Vatikanische Glaubenskongregation dem katholischen Theologen Hans Küng die kirchliche Lehrerlaubnis entzogen hat.